

Natalie Grunwald

Konfliktmanagement und MigrantInnen am Beispiel der Dortmunder Nordstadt

Seit den siebziger Jahren ist in der Bundesrepublik verstärkt die Tendenz einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft zu beobachten. Nach dem Wirtschaftswunder der fünfziger und sechziger Jahre veränderten sich die Lebensbedingungen grundlegend. Sichere Arbeitsplätze, ein hochwertiger Wohnraum und ein breites Angebot an sozialer Infrastruktur wurden durch eine steigende Arbeitslosigkeit und eine gleichzeitige ‚Ausdünnung‘ von Leistungen des Wohlfahrtsstaates abgelöst (vgl. Häußermann et al. 2004b: 7).

Die Folgen dieser verschärften sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen finden in den sozial-räumlichen Strukturen der Städte ihren Ausdruck. Auf Grund von Marktprozessen, historischen Entwicklungen und persönlichen Präferenzen verteilen sich die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus nicht gleichmäßig über die verschiedenen Teilräume der Stadt. So entstanden beispielsweise Eigenheimgebiete am Stadtrand und Arbeiterviertel in unmittelbarer Nähe zu Industrie- und Gewerbestandorten. Die traditionellen Beschreibungen der Ungleichheitsforschung wie ‚Mehr und Weniger‘ oder ‚Arm und Reich‘ wurden abgelöst vom Bild der Spaltung der Gesellschaft in ein ‚Drinnen und Draußen‘, in ein ‚Zugehörig und Ausgegrenzt‘ (vgl. Häußermann et al. 2004a: 139f.; Häußermann et al. 2004b: 7).

Mehr und mehr Stadtteile in Deutschland sehen sich mit den Auswirkungen dieser gesellschaftlichen Polarisationsprozesse konfrontiert. Sie bieten vor allem wirtschaftlich und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen einen Lebensraum, den diese auf Grund von Marktprozessen, Ausgrenzungstendenzen und der Exklusivität¹ anderer Stadtteile nicht mehr ohne weiteres vorfinden. Die im Verlaufe dieser Segregationstendenzen entstandenen örtlichen Gegebenheiten mit vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und städtebaulichen Problemlagen begleiten den Lebensalltag der Bewohner.

Äußere Anzeichen der Benachteiligung sind beispielsweise trostlose öffentliche Räume, eine schlechte Bausubstanz und der Rückbau von sozialen und ökonomischen Versorgungseinrichtungen. Neben dem äußeren Erscheinungsbild sowie der wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligung der Bewohner ist häufig bereits die räumliche Lage des Stadtteils ausschlaggebend für seine gesellschaftliche Isolierung. Durch städtebauliche Barrieren wie Industrieanlagen, Verkehrsflächen oder angrenzende unattraktive Standorte wie Depo-nien oder Brachflächen findet häufig eine zusätzliche Abgrenzung statt (vgl. Häußermann et al. 2004a: 168f.).

Auszug aus:

Ivonne Fischer-Krapohl, Viktoria Waltz (Hg.) (2007): Raum und Migration
Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen; Bd. 128

Neben sozial benachteiligten einheimischen Bewohnern sind es vermehrt Migranten, die in diesen benachteiligten Stadtteilen leben. Aufgrund der mittlerweile langjährigen Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik sind sie nicht nur vielfältig dort anzutreffen, sie differenzieren sich auch zunehmend aus. Bei ihnen ist neben einer erzwungenen Segregation häufig auch eine freiwillige Wohnstandortwahl innerhalb dieser Stadtteile zu beobachten, die in dem Wunsch begründet liegt, nicht in einer drastischen Minderheit zu sein. Die Aussicht auf ein Zusammenleben mit ‚seinesgleichen‘ und einer bedürfnis- und verhaltensorientierten Versorgung durch eine differenzierte Infrastruktur lässt diese Wahl erklären. Mit ethnischer Segregation und einer damit verbundenen erhöhten Wahrnehmbarkeit der verschiedenen ethnischen Gruppen können sich die Tendenzen zur sozialen Distanz der einheimischen Bewohner verstärken. Vorurteile, die Furcht vor Überfremdung und die Irritation gegenüber der Andersartigkeit nehmen dabei eine steigende Bedeutung im Miteinander ein (vgl. Robertson-Wensauer 2000: 58f.).

Die beschriebene Konzentration von Modernisierungsverlierern und ein oftmals unfreiwilliges Miteinander von verschiedensten Lebensweisen schaffen Konfliktpotenziale, die zusätzlich durch die hohe Wohndichte von benachteiligten Stadtteilen verstärkt werden. „In dieser Dichte gibt es keine Ausweichmöglichkeiten, kein Entkommen vor der intensiven Begegnung mit anderen (fremden) Verhaltensweisen“ (Häußermann et al. 2004a: 169).

Im Rahmen von Stadtentwicklungsprogrammen und -aktivitäten bestehen seit Mitte der achtziger Jahre Bestrebungen, diesen Entwicklungen entgegen zu wirken. Bei der Stärkung und Attraktivierung von benachteiligten Stadtteilen treten vermehrt sozial kulturelle Aspekte in den Vordergrund der Bemühungen, die sich unter anderem aus den Anforderungen der charakteristischen Bevölkerungszusammensetzung ergeben. Das Aufeinandertreffen der unterschiedlichen Kulturen und die zudem vorhandenen sozialen Missstände erfordern es, neben Sanierungen und einer städtebaulichen Erneuerung vermehrt die Belange und Nöte der Bevölkerung zu berücksichtigen. Dabei werden verstärkt die Bewohner in die Verantwortung genommen und Aspekte wie die Teilhabe, Eigenverantwortlichkeit und das Erzeugen einer Identifikation mit dem Stadtteil in den Mittelpunkt gestellt, um eine anhaltende Stabilisierung des Stadtteils durch seine Bewohner zu erzeugen.

Im Zuge dessen wurde 1997 mit dem Ziel einer Weiterentwicklung der Antidiskriminierungspolitik vom Landtag des Landes Nordrhein Westfalen (NRW) der Anstoß für ein Modellprojekt ‚Soziokulturelles Stadtteilmanagement‘ gegeben, das den thematischen Ausgangspunkt dieses Beitrages darstellt. Am Beispiel der Dortmunder Nordstadt werden Umsetzungsmöglichkeiten und Bemühungen, die vielfältigen Konflikte in einem sogenannten benachteiligten Stadtteil innerhalb der bereits bestehenden Quartiersmanagementstrukturen konstruktiv zu bewältigen, in den Blick genommen.

1. Das Programm ‚Soziokulturelles Stadtteilmanagement‘ und die Dortmunder Nordstadt

Die Motivation für das Modellprojekt ‚Soziokulturelles Stadtteilmanagement‘ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW zielt auf eine Konfliktprävention zur Schaffung eines funktionierenden Miteinanders im Stadtteil und beinhaltet vor allem die

Bewältigung der häufig unterschätzten und unbeachteten kleineren Konflikten im nachbarschaftlichen Zusammenleben (Landeszentrum für Zuwanderung o.J.: 5). Von besonderer Bedeutung ist dabei die Entwicklung eines interkulturellen Konzeptansatzes, um eine Aktivierung und Beteiligung von Migranten zu erreichen, die in der Vergangenheit oftmals nicht ausreichend bei Veränderungsprozessen berücksichtigt wurden. Dadurch soll die Möglichkeit geboten werden, so früh wie möglich unterschiedliche Konfliktformen im Stadtteil zu erfassen und unter dem Einsatz von Schlichtungsmöglichkeiten konstruktiv zu bewältigen. Eine wesentliche Grundlage des Modellprojektes stellt der Leitgedanke der Nachhaltigkeit der Bemühungen dar. Neben der Aktivierung einer breiten Bewohnerschaft wird eine Vernetzung der bereits vorhandenen Akteure gefordert, um eine Zusammenarbeit im Stadtteil auch über die Dauer des Förderprogramms hinaus zu gewährleisten (vgl. Wehrhöfer 2002: 25; Landeszentrum für Zuwanderung o.J.: 10).

Die Laufzeit des Modellprojektes lief von 2000 bis 2001 und umfasste neben der Dortmunder Nordstadt die Stadtteile Detmold-Hakedahl, Köln-Kalk, Solingen-Fuhr und Wuppertal-Ostersbaum, die gleichzeitig auch an dem integrierten Handlungsprogramm ‚Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf‘ des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW teilnahmen. Aufgrund ihrer defizitären soziokulturellen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und städtebaulichen Rahmenbedingungen galten die fünf Stadtteile als geeignete Adressaten des Vorhabens (vgl. Landeszentrum für Zuwanderung o.J.: 5).

Die Dortmunder Nordstadt

Die bevölkerungsreiche Nordstadt (ca. 55.000 Einwohner), ist Ende des 19. Jahrhunderts als gründerzeitliches Erweiterungsgebiet im Norden des alten Dortmunder Stadtkerns entstanden und zeichnet sich durch eine hohe bauliche Dichte mit wenigen Freiflächen aus. Dabei ist der Wohnraum durch eine unterdurchschnittliche Quadratmeterzahl sowie ein oftmals defizitäres Ausstattungsniveau gekennzeichnet, mit dem sich besonders häufig ausländische Bewohner konfrontiert sehen. Die nur wenig vorhandenen quartiersnahen Grün- und Freiflächen bieten den Bewohnern durch den hohen Nutzungsdruck und die häufig dürrtigen Ausstattungs- und Aufenthaltsqualitäten keine Alternative zu der dichten Bebauung und den engen Wohnverhältnissen. Die Nordstadt erbringt aufgrund ihres überdurchschnittlich hohen Anteils an ausländischen Mitbürgern (42,2%) eine hohe Integrationsleistung für das gesamte Stadtgebiet mit durchschnittlich 12,9%. Weitere charakteristische Merkmale für benachteiligte Stadtteile sind der hohe Arbeitslosenanteil von 24,8% und die Dichte an Sozialhilfeempfängern (142,5 auf 1000 Bewohner), welche die höchste im gesamten Stadtgebiet ist (vgl. Stadt Dortmund 2004: 22). Diese schwierigen sozialen, wirtschaftlichen und baulichen Rahmenbedingungen führen im Alltag der Bewohner häufig zu Konflikten, welche zu einer zusätzlichen Beeinträchtigung der Lebensqualität führen.

2. Vom Entstehen und vom Umgang mit Konflikten

BewohnerInnen benachteiligter Stadtteile sind in ihrem Lebensalltag vorgegebenen Rahmenbedingungen unterworfen, durch die zwangsläufig eine Konfrontation von Interessen

und daraus entsprechende Konflikte entstehen können. Diese Spannungen müssen dabei nicht unbedingt nachteilig sein, lassen anfänglich jedoch noch keinen Schluss über ihre destruktiven oder konstruktiven Wirkungen zu. Dies hängt in starkem Maße vom Verhalten der Konfliktbeteiligten ab. Werden Konflikte von den Betroffenen verdrängt und bleiben unbearbeitet, können sie massive Beeinträchtigungen im Miteinander verursachen, die in einer Eskalation der Situation enden können. Findet jedoch ein bewusster und konstruktiver Umgang statt, können Konflikte auch eine Chance bedeuten und als Impuls für einen sozialen Wandel genutzt werden (vgl. Beck et al. 1995: 26; Eckhart 2003: 34f.). Dafür müssen zunächst die negativen Assoziationen und hartnäckigen Vorurteile überwunden werden, dass Konflikte unproduktiv, zeitraubend und überflüssig seien. „Konflikte sind normal, allgegenwärtig und produktiv nutzbar. Nicht der Konflikt ist das Malheur, sondern die Unfähigkeit eines Menschen oder einer Organisation, ihn zu regeln“ (Beck et al. 1995: 25). Folglich kann die Form der Konfliktbewältigung die daraus hervorgehenden Wirkungen maßgeblich beeinflussen. Vor allem wenn den Konflikten frühzeitig die notwendige Aufmerksamkeit zukommt, können sie sogar Fortschritte im alltäglichen Zusammenleben nach sich ziehen.

2.1 Zur Dimension Interkultureller Konflikte

Kulturelle Vielfalt ist in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen heute ein Alltagsphänomen. Die Mobilität zwischen den Nationen ist selbstverständlich geworden, Lebensstile, Kommunikationsformen sowie Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster bestehen vielförmig nebeneinander. Kultur drückt dabei einen Komplex von unterschiedlichen Symbolen, Ritualen, Praktiken und Betrachtungsweisen aus, die kollektive Gewohnheiten des Denkens, Bewertens, Fühlens und Handelns mit sich bringen. All das wirkt in seiner Gesamtheit wie ein Filter, durch den die Welt wahrgenommen wird. Die jeweilige Weltanschauung entscheidet darüber, wie sich jeder zu dieser Vielfalt verhält und entscheidet (vgl. Heimannsberg et al. 2000: 70).

Wenn man die Annahme zugrunde legt, dass mit dem Grad der kulturellen Unterschiede auch die Verständigungs- und Wahrnehmungsschwierigkeiten wachsen, können durch eine kulturelle Vielfalt neue Konfliktfelder entstehen. Daher bedürfen kulturelle Unterschiede bei der Bewertung und Bearbeitung von Konflikten einer besonderen Sorgfalt, ohne dabei alle Probleme des Miteinanders auf kulturelle Konflikte zu reduzieren. Zunächst stellen sie eine Form der Differenzierung dar wie die nach dem Geschlecht, Charakter oder Alter (vgl. Heimannsberg et al. 2000: 139).

Interethnische Konflikte zeichnen sich erst durch Interessensgegensätze zwischen ethnischen Parteien aus, die auf Grundlage unterschiedlicher kultureller Wertemuster die Lösung eines Konflikts anstreben und ihr eigenes Wertmuster dabei für maßgeblich halten. Dieses Verhalten wird von unterschiedlichen Kommunikationsmustern begleitet, die als Ausdruck für Sichtweisen, Gefühle oder Informationen in der jeweiligen Kultur dienen. Insbesondere diese ungleichen Kommunikationsmuster sind eine wesentliche Ursache für das Entstehen und Beibehalten von Spannungen, da bestimmte Äußerungen und Verhaltensweisen oftmals nicht oder falsch gedeutet werden können (vgl. Cakir 1998: 8).

Um ein Verständnis für die andere Partei hervorzurufen und damit die Voraussetzung für ein konfliktfreieres Zusammenleben zu schaffen, muss zunächst eine gemeinsame Kommunikationsbasis entwickelt werden. Erst wenn sich über die Unterschiede und Widersprüche ausgetauscht wird, ohne dabei die eigene Weltanschauung als die einzig Mögliche zu verstehen, können individuelle und kulturelle Besonderheiten vermittelt werden, die als Basis für gemeinsame Interessen und Ziele dienen (vgl. Heimannsberg et al. 2000: 17).

2.2 Ethnisierung von Konflikten

Aus einer unterschiedlichen nationalen Herkunft ergibt sich nicht zwangsläufig ein interkultureller Konflikt. Ein solcher ist erst gegeben, wenn im Konfliktverlauf deutlich wird, dass sich das Verhalten der Akteure vor allem mit deren Zugehörigkeit zu einer nationalen Kultur erklären lässt und den Konfliktverlauf maßgeblich beeinflusst (vgl. Liebe 1996: 9). Es ist mittlerweile bereits erkannt, dass nur wenige Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen aus Verhaltensweisen resultieren, die vor allem mit dem spezifischen kulturell-religiösen Hintergrund in Verbindung gebracht werden können. Sie basieren vielmehr zumeist auf Altersunterschieden sowie verschiedenen Lebensweisen oder Persönlichkeitsmerkmalen (vgl. ILS 2002: 26).

Die Folge ist eine Wahrnehmung ‚unechter‘ interkultureller Konflikte, die in Wirklichkeit auf einer Zuschreibung ethnischer Erklärungen für vor allem soziale, ökonomische oder politische Probleme basieren. Vor allem im Wettbewerb um knappe Ressourcen, wie beispielsweise um Arbeitsplätze oder um günstigen Wohnraum, verstärken sich die Tendenzen zur Ethnisierung von Konflikten (vgl. Halm 2001: 147f.). Dabei handelt es sich eigentlich um Verteilungskonflikte, die mit der Beteiligung an erstrebenswerten Gütern sowie der Positionierung in der Sozialstruktur einhergehen und eher auf Benachteiligung und Neid beruhen. Weitere Beispiele für Konfliktformen, die im Lebensalltag auftreten können, sind Rangordnungs-, Rollen- oder Regelkonflikte. Dabei stellen unterschiedliche Erwartungshaltungen und Wahrnehmungen den eigentlichen Gegenstand der Auseinandersetzungen dar (vgl. Groenemeyer et al. 2003: 40f.).

Oft ist eine Sprachlosigkeit der Bewohner die Ursache für das Aufkommen und das Zuspitzen von Alltagskonflikten und Missverständnissen. Vorurteile, Hemmungen, Enttäuschungen oder das Fehlen von notwendigen Sprachkenntnissen verhindern den täglichen Austausch untereinander und erschweren eine Bewältigung von Spannungen (vgl. GdW 1998: 66f.). Eine neutrale Beurteilung und ein konstruktiver Umgang mit vorhandenen Unterschieden sind von den Beteiligten nur schwer eigenständig zu leisten, da diese Beteiligten unmittelbar betroffen sind. Die oftmals vorurteils- und emotionsbehafteten Konfliktlagen bedürfen einer besonderen Sensibilität und neuer Regelungsmethoden. Die Unterstützung von professionellen Begleitern mit einer unabhängigen Sichtweise kann in derartigen Konfliktprozessen hilfreich sein. Das Programm ‚Soziokulturelles Stadtteilmanagement‘ setzt deshalb auch vor allem auf Mediation, also auf Prozesse des begleiteten, gegenseitigen Verstehens und Zuhörens, um gemeinsame Lösungen für entstandene Konflikte zu entwickeln.

2.3 Interkulturelle Mediation: Konflikte konstruktiv begegnen

Mediation als interessen geleitete Vermittlungsmethode bietet den Beteiligten die notwendige Voraussetzung, wirkungsvolle Vermittlungs- und Kommunikationstechniken zu erlernen, um vorhandene Kommunikationsbarrieren zu beseitigen. Ein unabhängiger Vermittler ist darum bemüht, den Kommunikationsprozess zu unterstützen und gemeinsam mit den Betroffenen eine einvernehmliche Lösung herzustellen, welche die jeweiligen Interessen berücksichtigt. Die Umwandlung eines Streites in ein gegenseitiges Verstehen stellt die Grundlage dafür dar, Beziehungen zu verbessern und eine tragfähige Basis für ein funktionierendes Miteinander zu schaffen (vgl. Glasl 1992: 381f.). Dabei verfolgt Mediation jedoch nicht das Ziel, eine ‚völlige Ordnung‘ zwischen den Konfliktparteien herzustellen, sondern den Betroffenen eine Möglichkeit zu bieten, mit einer möglichen Unordnung im Miteinander umzugehen und die Angst gegenüber einer solchen abzubauen (vgl. Sautter 2000: 5).

Beim Bestreben, Konflikte zu lösen, wird im Allgemeinen von einem gemeinsamen Wertegrundsatz aller Beteiligten ausgegangen, der als allgemein gültig verstanden wird und in Form von Regeln als akzeptierter Bestandteil in die Konfliktlösung einfließt. Dieses Vorgehen ist in der Mediation zwischen Betroffenen unterschiedlicher Kulturkreise nur schwer durchzuführen, da Verhaltens- und Sichtweisen häufig auf verschiedenen Wertorientierungen basieren.

Bei interkultureller Mediation steht daher das Bestreben im Vordergrund, die Auseinandersetzungen über unterschiedliche Werte zu thematisieren und in den Prozess zu integrieren (vgl. Haumersen et al. 1999: 28f.). Interkulturelle Konfliktvermittlung muss daher in erster Linie als Verständigung begriffen werden, bei der ein beiderseitiger Lernprozess und nicht zwangsläufig die vollständige Konfliktlösung im Vordergrund steht (vgl. Bundesverband Mediation o.J.: 2).

Bereits die Bereitschaft zur Teilnahme an interkulturellen Vermittlungsprozessen kann eine Möglichkeit darstellen, die Wertschätzung gegenüber anderen Konfliktbeteiligten zu demonstrieren und auszuprägen. Die Anerkennung der Persönlichkeit stellt dann auch eher das Fundament für eine dauerhafte, tragbare Einigung dar (vgl. Cakir 1998: 13). „Je größer das Gefühl ist, ‚nicht zu verstehen‘ oder ‚nicht verstehen zu können‘ oder ‚nicht verstanden zu werden‘, desto größer wird die Bereitschaft sein, auf griffige Erklärungsmuster – eben auf Vorurteile – zurückzugreifen, die uns in der gegebenen aufgeladenen und schwierigen Situation ‚helfen‘, Erklärungen für das Nicht-Verstehen zu finden“ (Haumersen et al. 1999: 30).

In den meisten Fällen werden Sprachschwierigkeiten hinter Missverständnissen und aufkommenden Spannungen im gegenseitigen Umgang miteinander vermutet. Zweifelsfrei ist die Fähigkeit zur Artikulation und Verständigung unabdingbar für einen funktionierenden Umgang im Alltag. Dennoch darf nicht unterschätzt werden, dass die fehlende Berücksichtigung unterschiedlicher kultureller Hintergründe und daraus resultierender Bedürfnisse, unterschiedlichen Befindlichkeiten, Interessen und Sichtweisen häufig die Ursache für Missverständnisse und Barrieren sein können.

3. Konfliktvermittlung in der Dortmunder Nordstadt

Die Motivation für eine konstruktive Konfliktvermittlung im Stadtteil entstand bereits 1998 im Rahmen des Nachbarschaftsforums Rückertstraße, eine vom Planerladen e.V. regelmäßig angebotene Veranstaltung zum Bewohneraustausch bezüglich aktueller Themen des Stadtteillebens. Dort sprachen sich die teilnehmenden Bürger vermehrt für eine professionelle Betreuung und Unterstützung in Konfliktsituationen aus.

Der Planerladen e.V., der seit mehr als zwei Jahrzehnten um das soziale Miteinander in Teilen der Nordstadt und um die Beteiligung der Betroffenen im Stadtteil bemüht ist, benutzte das Förderprogramm ‚Sozialkulturelles Stadtteilmanagement‘ als finanziellen und inhaltlichen Rahmen, um dieses Bewohneranliegen vor Ort umsetzen zu können (vgl. Grunwald 2005: 63). Durch die Bemühungen des Planerladens und dessen Projektkonzept ‚Konfliktvermittlung in der Dortmunder Nordstadt‘ erfüllte die Nordstadt für das Land NRW als Geldgeber die notwendigen Voraussetzungen, um als Teilnehmer in das Modellprojekt aufgenommen zu werden.

Das Projekt wurde von Mai 2000 bis Ende 2001 durch die Stadt Dortmund und das Land NRW finanziert und im Zuge einer inhaltlichen Konzepterweiterung über die Gemeinschaftsinitiative URBAN II bis Ende 2004 weitergeführt (vgl. Planerladen e.V. 2003: 1). Zunächst war die Anlaufstelle zur Konfliktvermittlung direkt im Planerladen in der Rückertstraße angesiedelt, da dieser einen hohen Bekanntheitsgrad in der Nordstadt genießt. Ab Sommer 2002 diente dann das neu eröffnete ‚Quartiersbüro Hafen‘ in der Schützenstraße als zentrale Anlaufstelle für Konfliktbetroffene, stellte zusätzliche Räumlichkeiten für Seminare und Beratungen zur Verfügung und wurde zum dauerhaften Ort für die eingestellten Konfliktvermittlerinnen, an die sich auch die sogenannten Stadtteilmultiplikatoren im Bedarfsfall wenden konnten. Dadurch wurde eine zentrale Koordinierungsstelle in der Nordstadt geschaffen, die ein organisiertes und zielgerichtetes Vorgehen bei der Konfliktbewältigung im unmittelbaren Wohnbereich ermöglichte. Eine Konfliktvermittlung in dieser gebündelten Form fand in der Nordstadt im Vorfeld des Modellprojektes nicht statt, da die einzelnen Quartiersbüros und sonstigen Stadtteilinstitutionen im eigenen Wirkungskreis und nach ihren jeweiligen Möglichkeiten handelten. Es gab zwar bereits Erfolge durch die Anwendung von klassischen Schlichtungsverfahren, wie das Heranziehen von Schiedsleuten. Der Einsatz von ausgebildeten Konfliktvermittlern für eine konstruktive und nachhaltige Konfliktbewältigung konnte jedoch erst durch das Modellprojekt umgesetzt und erprobt werden.

Dem Ansatz einer kleinräumigen Konfliktvermittlung im unmittelbaren Nachbarschaftsbereich liegt die Annahme zugrunde, dass durch die Realisierung sowie die Veränderung von vorurteilsbehafteten Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen neue Möglichkeiten der Konfliktbewältigung genutzt werden können. Mit Hilfe des Schlichtungsverfahrens der Mediation sollte das Ziel erreicht werden, Interessensunterschiede und Konflikte aufgrund vielfältiger Lebenssituationen und Kulturen frühzeitig aufzugreifen und zu bewältigen (vgl. Planerladen e.V. 2002: 7). Daher wurde bei der Konzepterarbeitung von Beginn an ein besonderes Augenmerk auf diese interethnische Komponente gelegt. Das Vermittlungsprojekt setzte sich aus drei wesentlichen Bausteinen zusammen, die unterschiedliche Ansätze und Ziele verfolgten.

3.1 Direkte Konfliktvermittlung

Einen wesentlichen Baustein stellte die Schaffung von zentralen Anlaufstellen im Stadtteil dar, um Konfliktbetroffenen eine konstruktive Unterstützung für die Bewältigung von akuten Konfliktsituationen zu bieten. Diese Hilfestellung wurde durch die Beschäftigung zweier Vermittlerinnen ermöglicht, die durch eine vorherige Mediationsausbildung über die notwendigen Fähigkeiten zur Konfliktvermittlung verfügten. Durch eine zudem interdisziplinäre Besetzung mit einer Raumplanerin und einer Diplom-Pädagogin wurde eine breit gefächerte Herangehensweise an die vielfältigen Problemlagen durch eine räumliche als auch klientelbezogene Sichtweise gewährleistet.

Um der interkulturellen Schwerpunktsetzung gerecht zu werden, wurde durch die gezielte Einstellung einer türkischen Projektmitarbeiterin darauf geachtet, dass die stärkste im Stadtteil vertretene Migrantengruppe bei einer Inanspruchnahme des Vermittlungsangebots die Möglichkeit der Verständigung bekommt. Darüber hinaus bestand die Überlegung, dass auch die Bereitschaft anderer Migrantengruppen für eine Konfliktvermittlung größer sei, wenn sie sich einer Person mit eigenem Migrationshintergrund anvertrauen können (vgl. Planerladen e.V. 2002: 16). Dies ließ sich leider nicht finanzieren, so etwa für russische oder (ehemals) jugoslawische Bewohner.

Die durch die Bewohner gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse bezüglich einer friedlichen und konstruktiven Konfliktbewältigung sollten sich positiv auf das nachbarschaftliche Miteinander im Stadtteil und das zukünftige Konfliktverhalten nachhaltig auswirken. Im Falle von Spannungen, die nicht in den nachbarschaftlichen Bereich fielen, wurden die Konfliktparteien an zuständige Stellen vermittelt, welche über die notwendigen Fähigkeiten und Qualifikationen zur Lösung dieser verfügten (vgl. Planerladen e.V. 2002: 12).

3.2 Multiplikatorenschulung

Nach der Einrichtung einer direkten Konfliktvermittlungsinstanz verfolgte der Planerladen als weiteren Aspekt des Modellprojektes eine verstärkte Zusammenarbeit mit stadtteilrelevanten Institutionen zur gemeinsamen Bewältigung der aufkommenden Nachbarschaftskonflikte. Dabei stand eine Schulung von Multiplikatoren im Mittelpunkt der Bemühungen, um dem Anspruch einer nachhaltigen Verankerung des Vermittlungsprojektes gerecht zu werden. Es konnten 14 Teilnehmer gewonnen werden, die im Jahr 2000 bereits einige Wochen nach Projektstart mit der Schulung begannen. Das Programm setzte sich aus fünf Blöcken an jeweils zwei Tagen zusammen und fand auf Wunsch der Teilnehmer in der Woche während ihrer Arbeitszeit statt (vgl. Grunwald 2005: 74).

Um die verschiedenen Stadtteilakteure im Rahmen ihres Tätigkeitsfelds für den Umgang mit Konfliktsituationen zu sensibilisieren, wurden vor allem Aspekte wie das eigene Konfliktverständnis und die Einübung konkreter Verhaltensweisen in Konfliktsituationen zum Thema der Schulung gemacht. Ziel war es, mit Konflikten konstruktiv umgehen zu lernen sowie Möglichkeiten zu entwickeln, diese eigenständig bewältigen zu können. Weiterhin wurde eine Zusammenarbeit mit den Mediatorinnen bei Auseinandersetzungen angestrebt, die die Möglichkeiten der Teilnehmer überfordern würden. Die Kooperation mit den Multi-

plikatoren aus verschiedenen Bereichen steigerte darüber hinaus den Bekanntheitsgrad des Mediationsangebotes im Stadtteil (vgl. Yetik et al. 2002: 42; Planerladen e.V. 2002: 13f.).

3.3 Bewohnerschulung

Der dritte Baustein des Vermittlungskonzepts wurde nach Auslaufen des Förderprogramms ‚Sozialkulturelles Stadtteilmanagement‘ im Rahmen von URBAN II zu den Aktivitäten ergänzt. Ziel dieses Bausteins war, innerhalb der Bewohnerschaft eine Gruppe von Vermittlern aufzubauen, die in ihrem näheren Wohnumfeld eigenständig in kleineren Konfliktfällen zwischen den Betroffenen vermitteln könnten. Dabei sollte das Know-how zur friedlichen Konfliktregelung in den Nachbarschaften verbessert und damit die bürgerlichen Kapazitäten zur Konfliktbewältigung im Stadtteil gestärkt werden (vgl. Planerladen 2003: 1). Damit sollte erreicht werden, in Zukunft über den gesamten Stadtteil verteilt geschulte Bewohner unterschiedlichster Nationalitäten vorzufinden und bei Bedarf auf sie zurückgreifen zu können.

Durch die vielfältige Stadtteilarbeit wurden Bewohner direkt auf das Schulungsangebot hingewiesen sowie durch ein mehrsprachiges Faltblatt darauf aufmerksam gemacht (vgl. Planerladen e.V. 2004: 13). Das Programm baute auf praktischen und veranschaulichenden Konfliktbeispielen auf, durch die die Bewohner Konfliktsituationen erkennen und für den richtigen Umgang mit diesen sensibilisiert und aufgeklärt werden sollten. Inhalte waren dabei beispielsweise das Reflektieren des eigenen Konfliktverhaltens, Methoden der Gesprächsführung und Konfliktbearbeitung sowie die Sensibilisierung für interkulturelle Situationen (vgl. Planerladen e.V. 2003: 8).

Im Zeitraum der Projektförderung durch Mittel der Gemeinschaftsinitiative URBAN II von Mitte 2001 bis Ende 2004 wurden drei Bewohnerschulungen organisiert und angeboten. Viele der Teilnehmer waren bereits seit einem längeren Zeitraum arbeitssuchend und nutzten das kostenlose Schulungsangebot, um die ihnen zur Verfügung stehende Zeit sinnvoll zu gestalten, neue Kontakte zu knüpfen und sich weiterzubilden. Die Gruppen setzten sich jeweils vielfältig zusammen. Es waren sowohl männliche als auch weibliche Bewohner vertreten, die türkischer, deutscher, ukrainischer und russischer Herkunft waren und damit eine breite Bewohnerschaft der Nordstadt repräsentierten. Die angebotenen Schulungen wurden ohne Unterstützung eines externen Trainers durch die Konfliktvermittlerin geleitet, um das Vertrauensverhältnis zwischen den teilnehmenden Bewohnern und der Projektmitarbeiterin nicht zu stören. Bei Bedarf wurden im Anschluss an die Schulungen Bewohner aus dem bestehenden ‚interkulturellen Vermittlerpool‘ von den Mediatorinnen gezielt zur Konfliktvermittlung ehrenamtlich oder gegen eine Aufwandsentschädigung eingesetzt (vgl. Planerladen e.V. 2004: 14f.).

4. Nachbarschaftskonflikte in der Dortmunder Nordstadt zwischen 2003 und 2004

Um einen Eindruck von der Konfliktlandschaft und -struktur zu geben, wird im Folgenden ein kurzer Abriss der Nachbarschaftskonflikte gegeben, die von Januar 2003 bis Ende September 2004 an die Konfliktvermittlerinnen herangetragen wurden. In diesem Zeitraum war das Vermittlungsangebot im Stadtteil bereits etabliert und lässt aussagekräftige Er-

gebnisse zu. Obwohl das Projekt bis einschließlich Dezember 2004 lief, entschied sich die Projektleitung, ab dem Spätsommer 2004 keine neuen Fälle mehr anzunehmen, da noch laufende Fälle beendet werden mussten (vgl. Planerladen e.V. 2004: 12).

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 44 Konfliktfälle gemeldet, davon 24 Fälle im Jahr 2003 und 20 Fälle in der verkürzten Annahmezeit 2004. Bei der Beschreibung der Konfliktfälle wurde durch die Mediatorin lediglich elf Mal explizit auf die Nationalität der Betroffenen hingewiesen, was die Annahme zulässt, dass dieser Aspekt nur dort als ein wesentlicher Konfliktfaktor galt.

Mieter-Vermieter-Konflikte

Der größte Teil der Auseinandersetzungen ereignete sich im Bereich der Mieter-Vermieter-Konflikte bezüglich des bewohnten Mietraumes. Es wurden 16 Fälle gemeldet, bei denen es in zwei Dritteln der Meldungen um die Mängelbehebung in den Wohnungen durch den Vermieter ging, denen nach Empfinden der Mieter nicht ausreichend nachgegangen wurde. Dabei wurden vor allem Modernisierungs- und Reparaturrückstände als Ursache genannt. Sonstige Gründe für das Herantreten an die Konfliktvermittlerin waren Feuchtigkeitsschäden, angebrachte Satellitenschüsseln oder eine Untersagung der Hundehaltung. Lediglich ein Konfliktfall wurde dabei von Seiten der Vermieterpartei gemeldet, die sich über einen ihrer Mieter türkischer Herkunft beschwerte, welcher ohne ihre Zustimmung ihrer Meinung nach unsachgemäße Reparaturen an der Wohnung vorgenommen hatte. Alle anderen Meldungen lassen keine Aussagen über die genaue ethnische Zusammensetzung der Betroffenen zu (vgl. Grunwald 2005: 70f.)

Ruhestörung

Als weiterer prägnanter Konfliktbereich ist der der Ruhestörung. Zehn gemeldete Konfliktbegebenheiten entstanden auf Grund von Lärmbelästigungen. Dabei stellten sich die Reibungspunkte der Mietparteien vielfältig dar: Drei Auseinandersetzungen basierten auf Ruhestörungen durch eine laute Wohnweise oder häufigen und lärmenden Besuch, vornehmlich von Mietparteien mit einem Migrationshintergrund, durch die sich deutsche Nachbarn gestört fühlten. Des Weiteren sind bei zwei Vorkommnissen spielende Kinder als störend empfunden worden. Die verbleibenden Konfliktfälle weisen einzelne Ursachen wie unbeaufsichtigte und bellende Hunde, Kneipen- und Vereinslärm oder laute Flurgespräche auf. Auffallend ist der verhältnismäßig hohe Anteil der dargestellten Sachverhalte mit einem expliziten Bezug auf die Nationalität der Konfliktbeteiligten, die sich auf über ein Drittel beziffern lassen (vgl. Grunwald 2005: 71).

Verunreinigung und Vernachlässigung im halböffentlichen und öffentlichen Raum, Abfall und Müll

Als weitere Kategorie wurde der Bereich der Verunreinigung und Vernachlässigung gebildet. Dabei wurden sowohl solche in den Wohnhäusern als auch in Hinterhöfen und Straßenzügen zusammengefasst. Sieben Konfliktbegebenheiten sind auf eine mangelnde Reinlichkeit zurückzuführen. Dabei ist vor allem der Aspekt des falschen Umgangs mit angefallenem

Müll zu nennen, vier gemeldete Fälle beziehen sich auf eine unsachgemäße Mülltrennung, liegen gebliebenen Sperrmüll, die Vermüllung und das Urinieren auf einem Parkplatz wie auch die Verschmutzung eines gesamten Straßenzuges durch die Mieter eines einzelnen Wohnhauses. Den zweiten Bereich für aufkommende Spannungen in dieser Kategorie bilden drei Konfliktfälle, die sich mit der Vernachlässigung der Hausflurreinigung durch einzelne Mietparteien beschäftigen. In den insgesamt sieben beschriebenen Konflikten wurde lediglich einmal die türkische Herkunft eines jungen Mieters genannt, der seinen älteren deutschen Nachbarinnen durch die Vernachlässigung seiner Hausreinigungspflichten negativ aufgefallen ist (vgl. Grunwald 2005: 71f.).

Belästigung und Beschimpfung

In sechs Fällen wurden den Projektmitarbeiterinnen Konflikte bezüglich Antipathien, Beschimpfungen und Belästigungen mit fehlenden sachlichen Hintergründen herangetragen. Diese erstreckten sich von einem ständigen mitternächtlichen Dauerklingeln an der Wohnungstür und einer durchgehenden Beobachtung und Bevormundung über die sexuelle Belästigung einer Mieterin bis hin zu fremdenfeindlichen Beschimpfungen gegenüber einer ausländischen Mietpartei. Auch in dieser Kategorie ist im Vergleich zu anderen Kategorien häufiger der Migrationshintergrund von Konfliktbeteiligten genannt worden.

Raumnutzungsansprüche

Abschließend werden vier Konfliktfälle, eingeteilt in den Bereich der Nutzungskonflikte, beschrieben, bei denen es um Auseinandersetzungen bezüglich der unterschiedlichen Inanspruchnahme des unmittelbaren Wohnumfeldes geht. Diese stellten sich vielfältig dar und umfassten unter anderem Streitigkeiten zwischen Jugendlichen in ihrer Nachbarschaft, die Verunreinigung des Innenhofes durch Hunde und auch Konflikte zwischen den Müttern spielender Kinder und Hundebesitzern (vgl. Grunwald 2005: 72).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es nur wenige ‚ethnische‘ bzw. ‚interkulturelle‘ Konflikte gegeben hat, vielmehr handelte es sich zumeist um soziale oder sogenannte Rangordnungskonflikte.

Konfliktbehandlung im Konfliktmanagement

Die beschriebenen Konflikte wurden überwiegend von der Konfliktvermittlerin bearbeitet. Bei Bedarf wurde sie von Bewohnern der Konfliktvermittlungsschulung unterstützt oder ließ diese in kleineren Fällen eigenständig vermitteln. Nicht alle Konflikte konnten in Vorgesprächen oder in anschließenden Mediationsverfahren gelöst werden, da eine der betroffenen Parteien nicht zu einer gemeinsamen Konfliktbearbeitung bereit war und bezüglich dieser fehlenden Freiwilligkeit das Mediationskonzept nicht anzuwenden war. Für die Vermittlerin blieb in diesen Fällen nur die Möglichkeit, an andere Stellen zu verweisen. Zu Beginn des Projekts waren die bearbeiteten Konfliktfälle vor allem in unmittelbarer Umgebung des Projektstandorts (Planerladen in der Rückertstraße) verortet. Mit dem Voranschreiten des Vermittlungskonzepts verteilten sich die gemeldeten Konfliktfälle über den gesamten Stadtteil, was auf einen gestiegenen Bekanntheitsgrad des Vermittlungsangebots unter den

Bewohnern, aber auch auf die Hilfe der kooperierenden Institutionen und Multiplikatoren zurückgeführt werden kann (vgl. Planerladen e.V. 2004: 13).

Neben den kleineren Nachbarschaftskonflikten mit einer geringen Beteiligungszahl wurden im Rahmen des Vermittlungsprojektes auch komplexere Konfliktfälle bearbeitet, die einen quartiers- bzw. stadtteilbezogenen Charakter aufwiesen und eine große Anzahl an Verfahrensbeteiligten von bis zu 50 Personen mit sich brachten. Dies bedeutete für die Projekt-

mitarbeiterin einen hohen Moderations- und Bearbeitungsaufwand, da neben den Bewohnern auch verschiedene Institutionen, die Verwaltung und die Politik beteiligt waren und es daher häufig auch einer Unterstützung der Projektsteuerung bedurfte. Bei diesen Konfliktsituationen handelte es sich beispielsweise um Nutzungskonflikte innerhalb von Parkanlagen wie dem Fredenbaumpark und dem Blücherpark. Diese Fälle wurden unter hohem Einsatz von Kraft, Zeit und Engagement zusätzlich zu den gemeldeten Nachbarschaftskonflikten bewältigt, wodurch ein wesentlicher Beitrag für ein friedlicheres Miteinander im Stadtteil geleistet wurde (vgl. Planerladen e.V. 2004: 2ff).

Insgesamt aber kann gesagt werden, dass das Mediationskonzept erfolgreich war, was sich auch in der Tatsache ausdrückt, dass das anfänglich für ein Jahr geplante Modellprojekt im Rahmen von Urban II fortgesetzt werden konnte. Ebenfalls muss noch einmal betont werden, dass Nachbarschaftskonflikte in einem typischen Migrationsstadtteil, wie es die Nordstadt darstellt, die Konfliktfälle mit Migrationshintergrund durchaus nicht vorherrschend sind, soweit sie in dem Projekt gemeldet und behandelt wurden.

Schlussfolgerungen

Wie das Fallbeispiel der Dortmunder Nordstadt verdeutlicht, kann ein Mediationskonzept durch aufeinander abgestimmte Bausteine wie auch durch eine Verknüpfung mit bereits vorhandenen und funktionierenden Stadtteilstrukturen eine wichtige Möglichkeit der Konfliktbewältigung für die Bewohner darstellen. Ihnen wird eine weitere Möglichkeit zur Verfügung gestellt, um ihre Probleme eigenständig zu bewältigen. Das anschauliche und bewusste Lernen einer konstruktiven und friedlichen Konfliktbewältigung ist dabei eine wichtige Grundlage für ein konfliktärmeres Zusammenleben der jeweils betroffenen Parteien, von dem sowohl die direkt betroffenen Nachbarschaften als auch das weitere Lebensumfeld sowie unterschiedliche Bereiche profitieren. Die Methode der Mediation hat sich in diesem Zusammenhang als eine viel versprechende Ergänzung zu bereits bestehenden Angeboten präsentiert, der zukünftig im Rahmen eines stadtteilbezogenen Konfliktmanagements eine größere Beachtung geschenkt werden muss (vgl. Grunwald 2004: 94ff).

Tab. 1: Übersicht über typische Konfliktfälle 2003 bis 2004

Anzahl	Art des Nachbarschaftskonflikts	Mit Migrationshintergrund
16	Mieter-Vermieter-Konflikt	nicht genannt
10	Ruhestörung	drei Fälle, Besucherlärm
7	Verunreinigung, Müll, Abfall	ein Fall, Flurreinigung vernachlässigt
6	Belästigung, Beschimpfung	‚häufig‘, auch ausländerfeindliche Bemerkungen
4	Raumnutzungskonflikt	nicht genannt
Summe		
43		4 plus

Quelle: eigene Zusammenstellung

Neben baulichen, sozialkulturellen und infrastrukturellen Maßnahmen stellen die Stärkung der Bewohnerschaft und das Nutzen der daraus resultierenden Potenziale, wie das Hervorrufen einer Identifikation mit dem Wohnort, eine unabdingbare Voraussetzung für die positive Einflussnahme auf die Lebensumstände der Bewohner konfliktbehafteter Stadtteile dar.

Gesellschaftliche Entwicklungen wie die steigende Arbeitslosigkeit und Armut oder voranschreitende Separierungen von Lebensweisen, die wesentliche Ursachen für ein angespanntes Miteinander und aufkommende Konflikte bedeuten, können durch den Einsatz von Mediation nicht unmittelbar beeinflusst werden. Dennoch bot das Projekt den Bewohnern eine Hilfestellung, mit den daraus resultierenden Belastungen und Stresssituationen im nachbarschaftlichen Alltagsleben konstruktiv umgehen zu lernen und ein funktionierendes Miteinander zu gestalten. Diese neue Möglichkeit zur Konfliktbewältigung kann bereits eine Steigerung der eigenen Lebensqualität und eine Stärkung des Stadtteils von innen heraus bedeuten, da die Abnahme von Konfliktsituationen mit der Aussicht auf eine positivere Wahrnehmung der Lebensumwelt verbunden ist.

Der Mediationseinsatz stellt jedoch keine Garantie für eine erfolgreiche Konfliktbehandlung dar. Die Form und Ausgestaltung des Konzeptes, in das die Vermittlungsmethode eingebunden ist, bestimmt maßgeblich dessen Erfolg oder Misserfolg.

Bei dem beschriebenen dreiphasigen Vermittlungsprojekt (direkte Konfliktmoderation, Multiplikatorenschulung, Bewohnerschulung) handelte es sich um ein speziell auf die Anforderungen und Ansprüche der Nordstadt zugeschnittenes Projekt. Durch eine vorherige Betrachtung der Gegebenheiten und eine Analyse noch fehlender, aber notwendiger Angebote konnte ein Konzept entwickelt werden, das den Anforderungen der Nordstadt gerecht wurde und daher auf andere Stadtteile in der gleichen Form nicht zu übertragen wäre.

Durch die differenzierte Bevölkerungszusammensetzung und Größe der Nordstadt hätte eine alleinige und zentrale Anlaufstelle zur Konfliktvermittlung keinen erfolgreichen Ansatz bedeutet, da die unterschiedlichen Bewohnergruppen nur schwer zu erreichen und die Vermittlungsleistung nicht zu bewältigen gewesen wären. Dieser Erkenntnis wurde durch die gezielte Kombination der Bausteine der Multiplikatoren- und Bewohnerschulung Rechnung getragen, durch die bereits vorhandene Akteursstrukturen sowie Bewohnerressourcen genutzt werden konnten, was diesem Vermittlungsprojekt einen ganzheitlichen Charakter verlieh.

Für ein funktionierendes Konzept war neben einer Einordnung in die Stadtteilstrukturen zusätzlich die Kombination der einzelnen Elemente von besonderer Bedeutung, da sie untereinander in ihrer Zielsetzung und Wirkungsweise stark vernetzt waren. Die Wichtigkeit dieses Aspekts verdeutlichte sich vor allem in Situationen, in denen für ein angemessenes Konfliktmanagement nur begrenzt finanzielle, zeitliche oder personelle Ressourcen zur Verfügung standen. Neben den Vorteilen einer derartigen Vernetzung bestand jedoch eine nicht unwesentliche Gefahr für die Stabilität des Gesamtkonzeptes. Durch das Verändern lediglich eines Bausteins, wie zum Beispiel dem Wegfall der professionellen Vermittlungsstelle Ende 2004, wurden die noch verbleibenden Bausteine in ihrer zukünftigen Wirkung aufgrund fehlender Koordinationsstrukturen stark eingeschränkt oder gingen gänzlich ver-

loren. Daher ist es bei der Erarbeitung von Konfliktmanagementkonzepten von besonderer Bedeutung, die langfristige Verankerung der einzelnen Bestandteile zu berücksichtigen sowie stabile Finanzierungs- und Organisationsstrukturen zu entwickeln. Erst dadurch wird eine wesentliche Grundlage für das dauerhafte Wirken geschaffen.

Vorhandene Förderprogramme bieten einen geeigneten Anlass und die notwendigen finanziellen Möglichkeiten, um neue Projekte zu entwickeln und probeweise umzusetzen. Für eine langfristige Verankerung im Stadtteil müssen die Projektkonzepte jedoch auf Finanzierungsmodellen basieren, die auch über den Förderzeitraum hinaus Bestand haben und frühzeitig etabliert werden müssen, um eine reibungslose Fortsetzung zu ermöglichen.

Anmerkungen

- 1 Exklusivität bezieht sich auf Räume, die auf Grund von ökonomischen oder symbolischen Barrieren nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen zugänglich und für marginalisierte Gruppen geschlossen sind (vgl. Häußermann et al. 2004a: 140).

Bibliografie

- Beck, Reinhilde/Schwarz, Gerhard (1995): *Konfliktmanagement*. Alling
Bundesverband Mediation e.V. (Hg.) (o.J.): *Interkulturelle Mediation; Information 5*. Kassel
- Cakir, Sedat (1998): *Interkulturelle Konflikte in Europa; Stellenwert von Mediation*. In: *Landesbeauftragte für Ausländerfragen bei der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz* (Hg.): *Interkulturelle Mediation; Konflikte als Chance begreifen; 2. Regionalkonferenz der Ausländerbeauftragten Rhein-Main-Neckar am 18. Februar 1997*. Mainz, S. 6-13
- Eckhart, Christian (2003): *Konfliktmanagement – Herausforderung für Projektmanager*. Marburg
GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen) (Hg.) (1998): *Überforderte Nachbarschaften; GdW Schriften 48*. Köln/Berlin
- Glasl, Friedrich (1992): *Konfliktmanagement: ein Handbuch zur Diagnose und Behandlung von Konflikten für Organisationen und ihre Berater*. Stuttgart:
- Groenemeyer, Axel/Mansel Jürgen (Hg.) (2003): *Die Ethnisierung von Alltagskonflikten*. Opladen
- Grunwald, Natalie (2005): *Mediation als Lösungsstrategie eines nachbarschaftsbezogenen Konfliktmanagements in benachteiligten Stadtteilen*. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund
- Halm, Dirk (2001): *Zwischen kultureller und sozialer Differenz; Lösungsstrategie für interkulturelle Konflikte*. In: *Zeitschrift für Türkeistudien*, 14/2001, Münster, S. 131-159
- Haumersen, Petra/Liebe, Frank (1999): *Multikulti: Konflikte konstruktiv – Mediation in der interkulturellen Arbeit*. Verlag an der Ruhr
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hg.) (2004a): *Stadtsoziologie*. Frankfurt am Main
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.) (2004b): *An den Rändern der Städte*. Frankfurt am Main
- Heimannsberg, Barbara/Schmidt-Lellek, Christoph J. (Hg.) (2000): *Interkulturelle Beratung und Mediation*. Köln, S. 253-281
- ILS (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW) (Hg.) (2002): *Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf; Tagungsdokumentation*. Dortmund (im Internet verfügbar unter: <http://www.ils-shop.nrw.de/down/konfliktmanagement.pdf>)
- Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hg.) (o.J.): *Abschließender Bericht über die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts ‚Sozialkulturelles Stadtteilmanagement‘*. Solingen
- Liebe, Frank (1996): *Interkulturelle Mediation – eine schwierige Vermittlung*. Berlin
- Meuer, Dirk/Troja, Markus (2004): *Mediation im öffentlichen Bereich – Status und Erfahrungen in Deutschland 1996-2002; Abschlussbericht eines Forschungsprojektes im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms ‚Mensch und globale Umweltveränderungen‘*. Oldenburg
- Planerladen e.V. (Hg.) (2002): *Sozialkulturelles Stadtteilmanagement – Konfliktvermittlung in der Dortmunder Nordstadt*. Dortmund
- Planerladen e.V.: *URBAN II – Projekt Konfliktvermittlung in der Nordstadt; unveröffentlichter Jahresbericht 2003*. Dortmund
- Planerladen e.V.: *URBAN II – Projekt Konfliktvermittlung in der Nordstadt; unveröffentlichter Jahresbericht 2004*. Dortmund
- Robertson-Wensauer, Caroline Y. (Hg.) (2000): *Multikulturalität – Interkulturalität? Baden-Baden*
- Sautter, Rudolf (2000): *Mediation: mit modernem Konfliktmanagement Zeit und Kosten sparen*. Kissing
- Stadt Dortmund (Amt für Statistik und Wahlen) (Hg.) (2004): *Dortmunder Statistik – Dortmunder Bevölkerung; Jahresbericht 2004*. Dortmund
- Wehrhöfer, Birgit (2002): *Modellprojekt ‚Sozialkulturelles Stadtteilmanagement‘*. In: ILS (Hg.) (2002): *Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf; Tagungsdokumentation*. Dortmund, S. 25-27
- Yetik, Zeliha/Müller, Daniela (2002): *Konfliktvermittlung in der Dortmunder Nordstadt*. In: ILS (Hg.) (2002): *Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf; Tagungsdokumentation*. Dortmund, S. 40-44